

presse

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Post-Wettbewerber im Briefdienst müssen ihre Löhne deutlich anheben

Zur Entscheidung des Europäischen Parlaments, die Liberalisierung der Postmärkte auf 2011 zu verschieben, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, **Ludwig Stiegler**:

Auch wenn das letzte Wort in Europa noch nicht gesprochen ist, zeichnet sich doch ab, dass Deutschland bei der Aufhebung des Postmonopols derzeit asymmetrisch zu wichtigen anderen Ländern in Europa reguliert ist. Die Große Koalition muss deshalb entscheiden wie wir damit umgehen. Die SPD jedenfalls sieht keine Veranlassung, anderen die Tür zu öffnen und selber ausgesperrt zu sein. Also wird über das Postmonopol zu reden sein. In jedem Falle aber gilt es, das Postgesetz zu beachten.

Das schreibt den Lizenznehmern Löhne vor, die von dem der Deutschen Post AG nur unerheblich abweichen. Einen Wettbewerb im Postmarkt zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollten bei der Postgesetzgebung zwar CDU/CSU und FDP; sie konnten sich indes im damaligen Gesetzgebungsverfahren nicht durchsetzen. Der Vermittlungsausschuss schrieb die SPD-Vorschläge ins Gesetz.

Dieses Gesetz harrt indes der Umsetzung. Die Bundesnetzagentur ist erst in diesen Wochen auf politischen Druck hin daran gegangen, eine Erhebung der Arbeitsbedingungen im lizenzierten Bereich vorzunehmen. Wir werden noch in diesem Sommer erfahren, wie weit die Postnachfolgeunternehmen von dem Standard abweichen, den der Postgesetzgeber wollte, und in welchem Ausmaß sie ihre Löhne anheben müssen, um die Lizenzen erhalten zu können.

Dabei geht es nicht um klassische Mindestlöhne. Bei den Postnachfolgeunternehmen geht es um Referenzlöhne, die sich auf die Branche

insgesamt beziehen und bei denen die Arbeitsbedingungen der Deutschen Post AG den bedeutendsten Referenzmaßstab darstellen. Sie dürfen nicht unerheblich unterschritten werden. Schon das, was man bisher an Einzelerhebungen hat, zeigt, dass die Bundesnetzagentur viele Lizenznehmer wird auffordern müssen, ihre Arbeitsbedingungen denen der Post anzunähern.